

Antworten auf die Fragen des Runden Tisches Kinderarmut (RTKA)

1. Frage: Sind Sie bereit diesen umfassenden Ansatz zu unterstützen?

Antwort: Ja! Die Bekämpfung von Kinderarmut ist eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe. Die Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfungsstrategie ist die schonungslose Analyse des status quo. Kinderarmut als extremstes Anzeichen des gesellschaftlichen Auseinanderdriftens muss als Realität erkannt und benannt werden. Davon ausgehend bedarf es eines Bündels von Maßnahmen: DIE LINKE. Bonn setzt hierbei insbesondere im Bildungsbereich an. Die Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche müssen massiv ausgebaut werden. Dabei ist dem Grundsatz Rechnung zu tragen, dass der Zugang zu Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf. In Bonn müssen deshalb die Betreuungsangebote im OGS-Bereich für die unterste Einkommensgruppe beitragsfrei gestellt werden. In allen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen bedarf es zudem eines kostenfreien Mittagessens. Flankierend zum Ausbau dieser Betreuungsangebote gilt es die Hilfs- und Informationsangebote im sozialen Bereich auszubauen. Hier darf kein Rotstift ansetzen.

Wie im Fragebogen ausgeführt, ist die Kommunalpolitik zudem gefordert, aktiv gegenüber Bund und Land für eine soziale Politik einzutreten. Kommunale Maßnahmen stoßen an Grenzen, wenn Bundesgesetze wie Hartz IV unzureichende Regelsätze vorsehen. Wer zur Ernährung von Kindern lediglich 2,60€ am Tag bereitstellt, der darf sich über wachsende Armut als Folge dieser Politik nicht wundern. Hier muss die Kommunalpolitik deutliche Worte finden und für eine andere Politik eintreten!

2. Frage: Ausweitung des Bonn-Ausweises – sowohl die Angebote als auch den Berechtigtenkreis betreffend?

Antwort: Der Bonn-Ausweis ist ein geeignetes Instrument, um auf kommunaler Ebene Armutsbekämpfung zu leisten. Er muss im Hinblick auf die kommunale Haushaltslage verteidigt und sogar ausgebaut werden. Dies betrifft die Angebotspalette des Bonn-Ausweises. DIE LINKE. tritt z.B. dafür ein, dass ein SWB-Monatsticket für Bonn-Ausweisinhaber höchstens soviel kostet, wie der Hartz-IV-Regelsatz für Mobilität vorsieht. Zusätzliche Erweiterungen im Hinblick auf Beratungs-, Betreuungs und Integrationsangebote sind zu realisieren. Denkbar wäre zudem eine Ausweitung auch auf nicht-städtische Angebote, sofern hierdurch dem Teilhabegedanken entsprochen würde.

Im Hinblick auf den Berechtigtenkreis muss der Entwicklung Rechnung getragen werden, dass immer mehr Menschen trotz Arbeit in Armut leben müssen. Armut gibt es in unserer Gesellschaft auch bei Einkommen über den viel zu niedrigen Regelsätzen. Insbesondere solange es keine Mindestlöhne gibt, ist die Ausweitung des Bonn-Ausweis auch auf Menschen in prekärer Beschäftigung geboten. DIE LINKE. Bonn strebt einen Anspruch auf den Bonn-Ausweis auch für Menschen an, die ein Einkommen bis zum doppelten ALG-II-Satz zzgl. Mietkosten erhalten.

3. Frage: Wie stehen Sie zu diesen Notwendigkeiten?

Antwort: Die dargestellten Forderungen und Ansätze sind gerechtfertigt und werden von der Bonner LINKEN unterstützt. Insbesondere gilt es die Angebote im Betreuungsbereich, (U3 und im offenen Ganztage) bedarfsgerecht auszubauen. Hierbei steht nicht die durchaus richtige Forderung nach einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern im Vordergrund. Vielmehr geht es um die Entwicklungschancen der Kinder. U3 und offener Ganztage müssen sich durch hochqualifiziertes Personal, freien Zugang und eine hervorragende Ausstattung

auszeichnen. Der Ausbau der Angebote im Betreuungsbereich darf dahingehend nicht lediglich nach quantitativen sondern muss auch nach qualitativen Gesichtspunkten angegangen werden. Eine Kommerzialisierung des Betreuungsbereiches lehnen wir ab. Im Hinblick auf die Kooperation von Schulen und Angeboten freier Träger kommt der Kommune eine Verbindungsfunktion zu. Insbesondere im Bereich des Sportes kann eine verstärkte Koordination sinnvolle Impulse bringen. Allerdings ist kritisch anzumerken, dass gerade die Leistungsanforderungsverdichtung mit dem Turbo-Abitur objektiv ein Grund dafür ist, dass es Kindern und Jugendlichen immer schwerer gemacht wird, in ihrer Freizeit sportliches oder gesellschaftliches Engagement zu entfalten. Auch hier gilt es, sich offensiv gegen eine falsche Politik des Landes zu wenden. Die Lernmittelfreiheit ist für DIE LINKE. Bonn grundsätzlich zu gewährleisten. Aus diesem Grund werden wir uns dafür einsetzen, jedenfalls für Bonn-Ausweis-Inhaber das neue Schulbedarfspaket bedarfdeckend kommunal aufzustocken.

4. Frage: Sind Sie bereit, in allen genannten Einrichtungen für ein kostenfreies Mittagessen zu sorgen?

Antwort: Ja! Ein gemeinsames Mittagessen in allen Einrichtungen erfüllt mehrere Funktionen. Zum einen gehört Hunger leider zur Realität auch in Bonner Schulen. Dem kann durch Schulspeisung wirkungsvoll entgegengewirkt werden. Zum anderen ist ein Schulmittagessen aller Kinder ein Gemeinschaftserlebnis, dass auch jenseits der sozialen Herkunftssituation ein positives Moment wäre. Die Schulspeisung ist zudem als Hebel zu nutzen, Gesundheits- und Ernährungsaspekte jugendgerecht zu vermitteln. Bei der Schulspeisung ist dahingehend auch eine hochqualitative Ernährung sicher zu stellen.

5. Frage: Werden Sie sich für eine schnelle Umsetzung dieser Angebote einsetzen?

Antwort: DIE LINKE. Bonn unterstützt eine sozialräumliche Stadtentwicklungspolitik in Bonn. Hierzu gehören dezentrale Freizeit-, Betreuungs- und Beratungsangebote. Familien- und Nachbarschaftszentren, die eine Vielzahl notwendiger Einrichtungen unter einem Dach bündeln sind als Einrichtungsform in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Trägerorganisationen zu fördern.

6. Frage: Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Teilnahme und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an Freizeit- und Jugendhilfemaßnahmen der freien Träger und der Stadt aktiv gefördert wird?

Antwort: Die Inanspruchnahme der Angebote von Kommune und freien Trägern bedarf zunächst einer entsprechenden Information. Angebote müssen zudem auf die finanziellen Lebenswirklichkeiten in Bonn abgestimmt sein. Eine soziale Staffelung der Eigenanteile auch bei freien Trägern muss Bedingung für eine städtische Förderung sein.

7. Frage: Wie wollen Sie diesen Notwendigkeiten politisch gerecht werden?

Antwort: Zwangsumzüge müssen in Bonn zukünftig der Vergangenheit angehören. Die Kommune muss bei der Bestimmung von „angemessenen Kosten der Unterkunft“ bis an die rechtlichen Grenzen gehen und großzügige Ausnahme- und Härtefallklauseln verankern.

8. Frage: Was wollen Sie zudem unternehmen, damit es in Bonn ausreichenden bezahlbaren Wohnraum gibt?

Antwort: Der Privatisierungskurs der letzten Jahre hat sich auch im Wohnungsbereich als Fehler erwiesen. Die Stadt braucht wieder eine aktive Wohnungsbaupolitik, damit sie Einfluss auf die gesamtstädtische Mietsituation nehmen kann. Außerdem muss durch kommunales Wohneigentum der teure Zukauf von Belegungsrechten verhindert werden. Hierfür muss die Vebowag mit den entsprechenden Mitteln und Eigenkapital ausgestattet werden.

9. Frage: Wie wollen eine umfassende Gesundheitsvorsorge und –förderung sicherstellen?

Antwort: Krankheit und Armut gehen häufig Hand in Hand. Der Zusammenhang von Armut, fehlender Teilhabe und gesundheitlichen Problemen ist vielfach belegt. Neben einer anderen Sozialpolitik im engeren Sinne ist in kommunaler Verantwortung auf wohnortnahe Gesundheitsleistungen in den Stadtteilen sowie örtliche Beratung und ambulante Hilfen vor allem für Familien, Kinder und ältere Menschen hinzuwirken. Zudem muss die Vermittlung der Bedeutung einer gesunden Ernährung kind- und jugendgerecht Eingang in die Schule finden. Auch der Schulsport gehört gestärkt.

10. Frage: Wie wollen Sie den kommunalen Gestaltungsspielraum als Arbeitgeber nutzen, voll sozialversicherungspflichtige und tarifliche Beschäftigungen z.B. in den Bereichen Bildung, Umwelt und soziale Dienste zu schaffen?

Antwort: Die Kommune ist zunächst als Arbeitgeberin gefordert. DIE LINKE. lehnt unwürdige 1€-Jobs ab und tritt dafür ein, gesellschaftliche Arbeit in tarifgebundener, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu bewältigen. Das sog. Outsourcing von Aufgaben, meist aus Gründen der Tariffucht, lehnt DIE LINKE. ab. Im Gegenteil gilt es den Personalabbau der letzten Jahre zu stoppen und auch im Ausbildungsbereich der kommunalen Verantwortung gerecht zu werden. Das gilt nicht nur unmittelbar für die Verwaltung, sondern auch für die städtischen Betriebe.

DIE LINKE. tritt darüber hinaus für einen öffentlich-geförderten Beschäftigungssektor ein. Hier soll wichtige gesellschaftliche Arbeit geleistet werden, die sich nicht zwingend betriebswirtschaftlich rechnet. Möglichkeiten zur Realisierung bzw. einem Modellprojekt bietet das SGB II. Kommune, Agentur für Arbeit und weitere Träger sind hier gefordert, um mit gemeinwohlorientierten Arbeitsplätzen endlich eine Alternative zu Repression, 1€-Jobs und Hartz-IV zu schaffen. Wir müssen Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit finanzieren! Nicht zuletzt ist die Kommune als Auftraggeberin gefordert, gute Arbeit zur Bedingung für die Erteilung von öffentlichen Aufträgen zu machen. Tariftreue, Mindestlöhne und weitere soziale und ökologische Kriterien müssen, soweit rechtlich zulässig, zur Bedingung für einen städtischen Auftrag sein.

11. Frage: Sind Sie bereit dafür zu sorgen, dass

- a) ein bezahlbares Sozialticket in Bonn und im VRS für Kinder, Jugendliche und Familien zur Verfügung steht:**

Antwort: Ja. Teilhabe setzt Mobilität voraus. Bisher ermöglicht der Bonn-Ausweis bereits ein vergünstigtes SWB-Monatsticket. Der Preis hierfür übersteigt allerdings den Betrag, den der ALGII-Regelsatz für Mobilität vorsieht. DIE LINKE. tritt dafür ein, dass ein ÖPNV-Monatsticket für Bonn-Ausweis-Inhaber nicht mehr kostet, als der Regelsatz für Mobilität vorsieht. Darüber hinaus wollen wir Schülertickets ebenso wie Jobtickets zu günstigen Konditionen erhalten. Mit Modellprojekten für kostenfreie Nutzung des ÖPNV in bestimmten Zeiten, beispielsweise für SchülerInnen oder Senioren, wollen wir zudem die Attraktivität und

Akzeptanz des ÖPNV steigern. Hierdurch kann auch ein Beitrag zur Verkehrswende geleistet werden.

b) Kinder und Jugendliche kostenlos oder gegen geringfügige Gebühr an kulturellen Angeboten in der Stadt Bonn (z.B. Theater, Konzert, Instrument erlernen, Sportangebote) teilnehmen können?

Antwort: Besondere Angebote an jugendliche zur Gewährleistung gesellschaftlicher Teilhabe sind wichtig, um die Vielfalt kultureller Erlebniswelten für alle zu eröffnen. Hierzu ist Information über die Angebote und eine soziale Preispolitik bei den Einrichtungen notwendig. Bei Oper und Theater tritt DIE LINKE. z.B. dafür ein, an der Abendkasse für höchstens 3€ die nicht abgesetzten Tickets an Bonn-Ausweis-InhaberInnen anzubieten. Auch Hochkultur in Bonn muss für alle zugänglich sein!